



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/294 - 19.12.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Zu Weihnachten 1951	S. 1
Bruno Kalnins: Illusionen über die Sowjetunion	S. 3
Beschlüsse des Parteivorstandes der SPD	S. 6

-----  
Seht auf die kleinen Leute !  
-----

Von Wenzel Jaksch

"Das Grosse am heutigen Deutschland ist der Lebensmut der kleinen Leute". Es war zu Beginn dieses Jahres, als Hessens Ministerpräsident, August Zinn, diese Feststellung zum Ausgangspunkt seiner Programmrede machte. Damit hat ein führender deutscher Politiker in verantwortlicher Position der Welt eine jener Sensationen kundgetan, die der Sensationspresse unzugänglich bleiben und die auch den grossen Nachrichtenagenturen verschlossen sind.

Unterdrückte Wahrheiten bleiben dennoch wahr. Sie können nicht oft genug wiederholt werden. Darum sei auch unsere Bitte zum Weihnachtsfest an alle Nachbarn in Ost und West, sie mögen endlich die Brillen kriegsbedingter Vorurteile bei der Beurteilung der deutschen Dinge ablegen. Besucher aus Amerika haben uns jüngst berichtet, der Name Remer werde dort hundertmal genannt, ehe der Name unseres Bundespräsidenten Heuss einmal fällt. Das ist eine völlige Verkenntung der deutschen Wirklichkeit. Herr Remer ist ein Reklameobjekt gewisser Sensationsjournalisten. Mehr noch wird damit den vielen ungenannten Deutschen unrecht getan, die sich mit den Folgen einer totalen Niederlage tapfer auseinandergesetzt haben. Warum übersieht man geflissentlich die Mütter, die ihre Kinder

in trostlosen Flüchtlingsbaracken aufziehen müssen, die Ausgebombten, die sich in elenden Behausungen als Kulturmenschen behaupten oder die Spätheimkehrer, die in ihren schweigenden Gesichtern die Spuren einer barbarischen Behandlung eingetrahnen tragen? Wir wollen nicht wehleidig sein, aber unsere Waffengegner von ehedem sollten auch nicht allzu nachtragend sein!

Die Welt hat gestern gelitten unter deutscher Gewalt, aber sie leidet heute - wenn gewiss nicht in dem gleichen Masse - unter der Selbstgerechtigkeit der Sieger. Diese Selbstgerechtigkeit führt zu einem Misstrauen, auch gegen jene Deutschen, die vom besten Willen be-seelt sind. Alle, die sich einmal dem ungerechten Vorwurf des Volksverrates ausgesetzt haben, weil sie nicht an Hitlers Eroberungen teilhaben wollten, dürfen heute den Völkern des Westens sagen, dass die Vorwürfe von 1945 um die Jahreswende 1951-52 doch schon recht pharisäerhaft sind.

In der Zwischenzeit sind auch an Millionen Deutschen Dinge geschehen, vor denen höhere Begriffe wie Menschlichkeit und internationale Gerechtigkeit nicht bestehen können. Und gerade die Opfer des Potsdamer Abkommens sind es, die heute gemeinsam mit der Arbeiterschaft einen Schutzwall für den Westen bilden. Die Kräfte, die aus einer dauernden Ächtung und Diskriminierung des deutschen Volkes ihrer Vorteil ziehen möchten, mögen sich daher vorsehen, dass die einfachen Deutschen nicht eines Tages als bessere Demokraten dastehen als sie.

Unsere Weihnachtsbotschaft richtet sich gegen die Selbstgerechtigkeit aller Völker, die in das Unheil zweier Weltkriege verstrickt waren. Jeder prüfe sich selbst, in welchem Masse er dieser Sünde verfallen ist. Den Freunden des deutschen Volkes in der Welt möchten wir darüber hinaus ein zuversichtliches Wort zurufen: Seht nicht nur das Deutschland einer unbelehrbaren Minderheit von Bösewichten, seht auch das Deutschland von Millionen rechtschaffenen, fleissigen und gutgesinnter kleinen Leuten. In ihnen liegt das ewige Deutschland, das mit den reifen Klängen des "Stille Nacht, Heilige Nacht" einstimmt in den Weihnachtsjubel der Menschheit.

Ist eine Regimeänderung in der Sowjetunion möglich ?

-----

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Eine der wichtigsten Fragen der Weltpolitik ist seit langer Zeit die Frage über die innere Entwicklung Russlands. Ist es denkbar, dass die kommunistische Diktatur durch eine friedliche Umwälzung in eine andere, mehr demokratischere Staatsform übergeht? Ist ein Sturz der stalinischen Despotie mit inneren russischen Kräften möglich? Kann das demokratische Ausland eine Wandlung der Sowjetdiktatur fördern? Diese Fragen sind eng mit den Aussichten des Weltfriedens verbunden.

Das Thema ist nicht neu, es bildet aber eines der entscheidenden Probleme unserer Zeit. Es hat eine neue Aktualität durch die heute in den politischen Kreisen Amerikas bestehende Meinung erhalten, dass eine innere Umwälzung in der Sowjetunion möglich sei. Sie wurde unlängst besonders klar von George F. Keenan, dem einflussreichen Ratgeber des amerikanischen Aussenministeriums, in einem vielbeachteten Artikel über Amerika und die Zukunft Russlands ausgedrückt. Sollte diese optimistische Auffassung begründet sein, dann müssten alle Bemühungen, eine weitere sowjetische Expansion zu verhindern, von der Überzeugung ausgehen, dass die Sowjetdiktatur in ihrer gegenwärtigen Gestalt nicht von Dauer ist. Daraus zieht manche amerikanische Politiker die praktische Schlussfolgerung, dass der Westen die innenpolitischen Veränderungen mit Mitteln der Propaganda entscheidend fördern kann. Ist diese Auffassung in der sowjetischen Wirklichkeit begründet?

Die 34-jährige Stabilisierung der Diktatur

-----

Die bisherige politische Entwicklung der Sowjetunion widerspricht dieser Prognose. In den vergangenen 34 Jahren ist die kommunistische Diktatur stufenweise immer härter, totaler und stabiler geworden. Kein einziges Ereignis der Nachkriegszeit zeugt von einem Kurswechsel im Sinne einer Milderung der stalinischen Autokratie. Im Gegenteil, niemals war die Diktatur so aggressiv, despotisch und stark wie heute. Der Sieg der sowjetischen Armeen im zweiten Weltkrieg, die Eroberung Osteuropas und der Sieg des Kommunismus in China haben in den Nachkriegsjahren die Stellung des stalinistischen Regimes noch mehr gestärkt. Nach Kriegssiegen entstehen keine Revolutionen, solche werden durch verlorene Kriege hervorgerufen, wie es in Russland der Fall mit den beiden Revolutionen von 1905 und 1917 war.

Die neuere Geschichte kennt überhaupt keine totalitäre Diktatur, die mit inneren Kräften des unterdrückten Volkes oder durch eine Militärre-

volte gestürzt worden wäre, Die Regime von Mussolini und Hitler brachen zusammen, nachdem beide Diktaturen den Krieg verloren hatten. Dagegen existiert die Franko-Diktatur, die im Kriege nicht geschlagen wurde, noch immer.

#### Die Realitäten des sowjetischen Polizeistaates

-----

Der bolschewistische Polizeistaat ist allen anderen Polizeiregimen weit überlegen. Die Geheimpolizei des MGB umfaßt sämtliche Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens. Praktisch bestehen keine physischen Möglichkeiten, eine illegale antikommunistische Organisation zu bilden und aufrechtzuerhalten. Die jahrelangen, systematischen Massenverhaftungen und administrativen Aburteilungen in die vielen sowjetischen Konzentrationslager mit ihren mehr als zehn Millionen Häftlingen haben die russischen Volksmassen in einen seelischen Zustand niedergedrückt, der von den Gefühlen der Furcht und des Misstrauens beherrscht wird. Es gibt daher keine politisch aktiven Gegner des Regimes mehr, die eine gegen die stalinsche Selbstherrschaft gerichtete Bewegung bilden und leiten könnten.

Auch ein Militäraufstand ist schwer denkbar, denn die selbständigen Generale sind 1936-38 vernichtet worden und heute wird die Sowjetarmee ständig von etwa 800.000 Mann starken MVD-Truppen überwacht, die Eliteformationen darstellen und hervorragend ausgerüstet sind, ja sogar über eine eigene Luftwaffe verfügen. Auch der Nachrichten- und Sicherheitsdienst der Sowjetarmee befindet sich völlig in den Händen des MGB, des Staatssicherheitsministeriums. Dazu kommen noch die ebenfalls unter dem MVD (Innenministerium) stehenden 400.000 Mann der Ordnungspolizei.

#### Die Wirkung der totalitären Propaganda

-----

Die Sowjetunion ist aber nicht nur ein Polizeistaat, sie ist auch gleichzeitig ein Propagandastaat. Die politische Propaganda umfaßt dort gleich der Geheimpolizei alle Gebiete des menschlichen Lebens und verfügt über den gewaltigsten Agitationsapparat der Welt. Die Propaganda bildet ein Grundelement des Sowjetstaates. Diese in ihrer Schablonenhaftigkeit primitiv wirkende, in ihrer Monotonie jedoch äußerst wirksame Propaganda lähmt systematisch die seelischen Widerstandskräfte der Sowjetbürger, macht sie dem selbstherrlichen Willen der kommunistischen Machthaber gefügig und führt oft auch zur bewussten Unterwerfung unter das harte Joch der autokratischen Herrschaftsordnung. Die Diktatur hat das Monopolrecht auf die Propaganda und Russland ist völlig vom Ausland isoliert. Unter solchen Verhältnissen ist die kommunistische Propaganda eine furchtbare Waffe zur Massenbeeinflussung und Volksleitung im Sinne des Kreml.

## Die Begrenztheit der westlichen Gegenpropaganda

Die antikommunistische Radiopropaganda in russischer Sprache, die von den amerikanischen und englischen Sendern geführt wird, hat eine nur begrenzte Wirkung, denn die meisten Sowjetbürger haben keine Möglichkeit, sie zu hören. Es gibt in der Sowjetunion bei einer Bevölkerung von 200 Millionen nur etwa zwei Millionen Röhrenradioapparate für Privatpersonen, mit denen man teilweise auch ausländische Stationen hören kann. Diese Röhrenapparate sind sehr teuer, sie kosten 1.000 bis 1.200 Rubel und können nur von den Angehörigen der bürokratischen Oberschicht gekauft werden. Die meisten Sendungen der VOA und des BBC werden gestört, so dass sie praktisch wenig hörbar sind. Daher kann kein ausländischer Sender bis zur breiten Masse der russischen Bevölkerung vordringen. Die antikommunistische Radiopropaganda ist natürlich nützlich, denn manches davon wird doch in der Sowjetunion bekannt und wirkt als Gegenargument. Es wäre aber falsch anzunehmen, dass die westliche Radiopropaganda das russische Volk wesentlich beeinflussen könnte.

### Die Vision der Weltherrschaft

Nun meinen viele, u.a. auch G. Keenan, dass eine Gleichschaltung des geistigen Lebens mit der Zeit selbst für die Anhänger der Diktatur langweilig und unerträglich werde. Die Sowjetdiktatur sei nur auf Gewalt und Furcht basiert und sie habe keine grossen und konstruktiven Ideen, mit denen sie die Volksmassen überzeugen und hinreissen könnte. Demgegenüber muss man betonen, dass die Sowjetpropaganda stets mit grosszügigen Plänen der Industrialisierung und des Aufbaues arbeitet, die die Sowjetunion zum mächtigen Staat der Welt machen sollen. Der grossrussische Nationalismus und Sowjetpatriotismus ist eine andere treibende ideelle Kraft der heutigen stalinschen Despotie. Das Streben nach kommunistischer Welt hegemonie, das im Kriege und nach dem Kriege zu grossen Erfolgen für den sowjetischen Imperialismus geführt hat, fasziniert einen bedeutenden Teil des russischen Volkes. Leider wird die kommunistische Diktatur von ihm unbegründet als eine historische und nationale Notwendigkeit und sogar als Träger der traditionellen Grösse Russlands hingenommen.

Es bleiben die Spekulationen auf den Tod des sowjetischen Diktators. Man fragt oft, ob der Tod des heute schon 73 Jahre alten Stalins nicht zu inneren Kämpfen unter den Aspiranten auf die Nachfolge und damit zu einer Wandlung der politischen Verhältnisse führen würde? Allgemein gilt Molotow, also ein Mann der älteren, stalinschen Generation, als der prädestinierte Nachfolger Stalins. Auch der oberste Polizeichef Berija und der Leiter des Parteiapparates Malenkow, beide Repräsentanten der mittleren Generation, verfügen über bedeutende Machtpositionen. Viel wird davon abhängen, ob Stalin seinen Nachfolger selbst oder ob dieser erst nach Stalins Tod vom Politbüro bestimmt wird. Es müsste aber schon heute klar sein, dass der Aufstieg von Molotow, Berija oder Malenkow keine entscheidende Änderungen in den Grundlagen der kommunistischen Diktatur hervorrufen könnte. Rivalitäten sind natürlich unter den machthungrigen Aspiranten im Politbüro möglich. Es ist aber schwer zu denken, dass diese die Diktatur erschüttern würden.

### Keine Illusionen

Eine realistische Betrachtung der sowjetischen Verhältnisse gibt also wenig Grund zur Annahme, dass die Sowjetdiktatur durch innere russische Kräfte abgeschafft werden kann. Wir sollten keine neuen Illusionen über die russische Entwicklung hegen und müssen nicht den Fehler der zwanziger Jahre wiederholen, als die meisten politischen Beobachter mit einem baldigen inneren Zusammenbruch der Sowjetdiktatur rechneten. Die westliche Welt hat daher wenig Anlass, auf eine Verständigung zwischen West und Ost durch eine Wandlung des Sowjetsystems zu hoffen. Wir haben wahrscheinlich für eine sehr lange Zeit mit einer geteilten Welt zu rechnen. Dieser Zustand wird aber mit neuen sowjetischen Aggressionen und ständiger Kriegsgefahr verbunden sein.

## Für ein dauerhaftes Europa

## Der erste Tag der PV-Sitzung

(sp) Auf der letzten Vorstandssitzung der SPD in diesem Jahre gab der Vorsitzende, Kurt Schumacher, einen allgemeinen Überblick über die politische Lage. An das Referat schloss sich eine ausführliche Debatte.

Der Parteivorstand kam einmütig zu der Auffassung, dass der Mangel an Einsicht und Erkenntnisvermögen sowohl bei der Bundesregierung wie bei den westlichen Alliierten das Zustandekommen von politisch vernünftigen Lösungen für ein internationales Vertragssystem ausserordentlich erschwere, wenn nicht unmöglich mache. Das gegenwärtig in Aussicht genommene System könne nur Folgen mit schwächender Wirkung für unseren Kontinent haben, während die sozialdemokratische Konzeption eines grösseren und auf wirklicher Gleichberechtigung aufgebauten Europas alle Merkmale der Stärke und der Dauerhaftigkeit tragen würde.

Die alliierten Versuche, im Stile des achten Vierteljahresberichtes der amerikanischen Hochkommission die Deutschen unter Druck zu setzen, wurden bedauert und zurückgewiesen, zumal die darin enthaltene irreführende Darstellung der Verhältnisse in Deutschland und ihrer Ursachen nur weiteren psychologischen Schaden anrichten könne.

Abzulehnen sei vor allem auch, dass weite Kreise der Regierungsparteien in Strassburg und bei anderen Gelegenheiten sich betont europäisch gäben, in der Politischen Arbeit zu Hause, also vor allem im Lande und in der Provinz einen grobschlächtigen Supernationalismus zeigten, der in jeder Hinsicht schädlich sei. Das Beispiel des Bundesministers Seebohm müsse man als unerträglich bezeichnen.

Der Vorstand befasste sich ausserdem mit ausführlichen Referaten von Prof. Preller und Karl Osterkamp über den sozialen Gesamtplan der SPD. Dabei wurde die Politik eines Schäfferschen Steps für soziale Leistungen und seine Gewohnheit, mit Zahlen zu operieren, die einer kritischen Untersuchung nicht standhalten, schärfster Beurteilung unterzogen.

Über die wirtschaftspolitische Situation sprach Dr. Hermann Veit, der nachwies, wie wenig Veranlassung bestehe, sich mit dem vielzitierten Wort vom deutschem Wirtschaftswunder zu beruhigen. Veit zerriss schonungslos die Propagandavorhänge der Erhardschen Praxis und entwickelte überzeugend die Notwendigkeiten einer realistischen Wirtschaftspolitik auf der Grundlage der sozialdemokratischen Konzeption.

## Berichte und Beschlüsse

(Aus der Sitzung des Vorstandes der SPD)

Der zweite Tag der Beratungen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei war von Referaten der Delegierten ausgefüllt, die in letzter Zeit an internationalen Tagungen teilgenommen haben.

Willi Eichler berichtete über den letzten Sitzungsabschnitt des Europarates in Strassburg. Dabei hätten viele Begleitumstände die Berechtigung der von Beginn an bestehenden sozialdemokratischen Zurückhaltung gegenüber dem Europarat in seiner heutigen Gestalt bestätigt. Mit Befriedigung sei nur die Statutenänderung zu registrieren, die der Beratenden Versammlung ein gewisses Initiativrecht zubilligt, das ihr bisher nicht zustand. Der eigentliche Wert der Strassburger Einrichtung bestehe heute aber darin, dass sie eine nützliche europäische Diskussionsplattform bildet.

Fritz Heine berichtete über die kürzliche politische Arbeitstagung des Generalrates der Sozialistischen Internationale in Brüssel, die erste dieser Art seit der Wiedergründung der Internationale in Frankfurt.

Über die schon einige Zeit zurückliegenden Parteitage der österreichischen und belgischen Sozialisten unterrichteten den Vorstand Erich Ollenhauer und Willi Eichler.

Der Parteivorstand genehmigte dann einen Organisations- und Arbeitsplan für die Kommunalpolitik der SPD. Er stimmte ausserdem einer Entschliessung zu, die vor Verzweiflungskationen der Vertriebenen, wie den geplanten Treck, warnt und statt dessen Sofortmassnahmen gegen die dringendste Vertriebenennot fordert.

Schliesslich protestierte der PV energisch gegen die von der sogenannten Saarregierung geplante dauernde Abtretung der Warnitz-Kohle an Frankreich.

In einer politischen Aussprache wurde das beleidigende Verhalten des Bundesjustizministers Dr. Dehler gegenüber den Gewerkschaften, den Sozialrentnern und zuletzt auch gegenüber dem Judentum auf schärfste als eine schwere Schädigung des deutschen Ansehens im In- und Ausland kritisiert.

Vom 3.-6. Januar 1952 findet der Parteitag der italienischen Sozialisten in Bologna statt, auf dem die SPD durch den bayerischen Landesvorsitzenden, Waldemar von Knörringen, vertreten sein wird. Zum Delegierten der SPD auf dem ersten Parteitag der polnischen Exil-Sozialisten vom 6.-8.1.1952 in Lens im Pas-de-Calais wurde Fritz Heine bestimmt.

Die nächste Vorstandssitzung der SPD findet am 18.1.1952, die nächste gemeinsame Tägung vom Parteivorstand und Parteiausschuss am 19. und 20. Januar in Bonn statt.

Verantwortlich: Peter Raumau

## Anlage 1

### Die SPD fordert Soziale Sicherung

(sp) Der Parteivorstand der SPD fasste auf Empfehlung seines Sozialpolitischen Ausschusses einstimmig nachfolgenden Beschluss:

Die einstmals bahnbrechende deutsche Sozialversicherung ist durch Kriege und Inflation im Kern getroffen. Ihre Renten reichen vielfach zum Leben nicht aus. Der arbeitsunfähige oder alte Mensch ist häufig neben seiner Rente noch auf zusätzliche Hilfe angewiesen. Die Krankenversicherung kann den Erfordernissen der modernen Gesundheitspflege nicht mehr genügen. Das deutsche Versicherungs- und Versorgungswesen ist zu einem unübersichtlichen Gestrüpp von Paragraphen und Organisationen geworden.

Der arbeitende Mensch hat aber ein Anrecht auf ausreichende Soziale Sicherung. Deshalb fordert die Sozialdemokratische Partei ein klares und fortschrittliches

System der Sozialen Sicherung,

das umfassen soll:

ausreichende Renten aus einer Hand bei voller oder teilweiser Arbeitsunfähigkeit, Alter oder Tod des Ernährers;

Mutterschaftshilfe und Kinderbeihilfen;

einen umfassenden Gesundheitsdienst, der vorbeugende Gesundheitsfürsorge, Krankheits- und Unfallbehandlung nach neuesten medizinischen Erkenntnissen bei gleichen Leistungen für jedermann sichert;

wirtschaftliche Sicherung während der Gesamtdauer der Krankheit und der unverschuldeten Arbeitslosigkeit;

Ausbau echter fürsorglicher Massnahmen.

Vollbeschäftigungspolitik hat den Arbeitsplan zu sichern und eine ständige Verbesserung der Sozialen Sicherung zu ermöglichen.

Auf alle Leistungen der Sozialen Sicherung muss Rechtsanspruch bestehen.

Zur Finanzierung der Sozialen Sicherung hat jeder nach der Höhe seines Einkommens beizutragen. Dezentralisierte echte Selbstverwaltung soll die gerechte Verteilung der Sozialleistungen sichern.

Die Sozialdemokratische Partei fordert vom Bundestag die Einsetzung einer

#### Sozialen Studienkommission

aus unabhängigen Sachverständigen mit der Aufgabe, die Möglichkeiten der Entflechtung der heutigen Sozialen Leistungen und ihrer systematischen Intensivierung zu prüfen sowie einen Plan der Sozialen Sicherung auszuarbeiten. Die SPD stellt hierfür die von ihr erarbeiteten Grundsätze zur Verfügung. Das Ergebnis der Arbeit der Kommission ist von der Bundesregierung mit ihrer Stellungnahme dem Bundestag unverändert vorzulegen.

+ + +

Über die Bedeutung dieser Entschliessung für die deutsche Sozialpolitik bringen wir morgen eine Würdigung von Prof. Ludwig Preller, M.d.B.



Anlage 2

Sofortmassnahmen für Vertriebene

Der Vorstand der SPD nahm die folgende Entschliessung einstimmig an:

Die Ankündigung von Selbsthilfemassnahmen der Heimatvertriebenen ist eine ernste Warnung sowohl an die Bundesregierung, als auch an die Hohen Kommissare, die ungelöste soziale Problematik der Bundesrepublik nicht länger zu ignorieren.

Die Beseitigung des Flüchtlingselends erfordert nach Ansicht des Parteivorstandes der SPD den Einsatz aller Kräfte des Bundes und der Länder auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung, des Wohnungsbaues und der inneren Umsiedlung sowie die Abkehr von einer Wirtschaftspolitik, die die sozialen Gegensätze verschärft. Es kann nicht durch Verzweiflungsaktionen beseitigt werden, die, wie die geplanten Flüchtlingstrecks, im Chaos enden und neues Elend erzeugen müssen.

Um neue Katastrophen zu verhüten, verlangt die Sozialdemokratie eine planvolle soziale Eingliederungspolitik des Bundes und der Länder zugunsten der Heimatvertriebenen, Bombengeschädigten und Spätheimkehrer. Dabei ist eine beschleunigte Vertriebenenumsiedlung im Bundesrahmen mit einer wirklichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und einer Politik der Vollbeschäftigung zu verbinden.

Als erste Massnahme fordert der Vorstand der Sozialdemokratische Partei Deutschlands von der Bundesregierung, dass sie die zur Zeit zur Verfügung stehenden Finanzmittel zur Umsiedlung zusammenfasst, erhöht und für einen zentralen Einsatz verwendet, damit die dringendsten Notstände beseitigt werden können.

Die sozialdemokratische Fraktion des Bundestages wird beauftragt in dieser Richtung eine neue Initiative zu ergreifen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands richtet schon jetzt ihren Appell an alle verantwortlichen Träger der Vertriebenenarbeit und an die Länderregierungen, mit allen Kräften ihren Teil zu der Lösung des Umsiedlungsproblems beizutragen.

+ + +

### Anlage 3

#### Der SPD-Parteivorstand protestiert gegen Abtretung der Warndt-Kohle an der Saar

-----

Der Vorstand der SPD nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Absicht, das ergiebigste Kohlenvorkommen des Saargebietes, die Warndtkohle, an Frankreich für dauernd zu verpachten und ihre Ausbeutung von lothringischen Bergwerken aus vornehmen zu lassen. Sie teilt die Besorgnis der Bevölkerung des Saargebietes, insbesondere der Bergarbeiter an der Saar, um ihre soziale und wirtschaftliche Existenz.

Der Vorstand der SPD hält die Saar-Regierung nicht für berechtigt, 1/3 des Kohlenvorkommens der Saar für immer an Frankreich abzutreten.

Eine solche Abtretung würde bedeuten, dass innerhalb der nächsten 10 - 15 Jahre 20 000 Saar-Bergarbeiter unter verschlechterten arbeitsrechtlichen Bedingungen bei ausländischen Arbeitgebern Beschäftigung suchen müssten.

Die SPD sieht in dem Plan der dauernden Verpachtung der Warndtkohle an Frankreich eine Präjudizierung der Stellung Deutschlands in der geplanten Montan-Union sowie des noch ausstehenden Friedensvertrages.

Bei Wiedererlangung der völkerrechtlichen Gleichstellung Deutschlands können Verträge, die ohne Zustimmung der verfassungsmässigen Instanzen des deutschen Volkes über deutsches Eigentum geschlossen sind, nicht mit Anerkennung rechnen.

Die SPD verlangt von der Bundesregierung und vom Bundestag, alles zu tun, um die geplante Verpachtung der Warndt-Kohle an Frankreich zu verhindern. Sie hält insbesondere Massnahmen vor der Ratifizierung des Schuman-Planes für erforderlich.

+ + +